

## Simbabwe Update August 2019: Nachhaltige Entwicklung braucht Mitsprache

Im Alltagsleben in Simbabwe gibt es weiterhin schöne Momente. Aber der soziale Zusammenhalt und die individuelle Lebensfreude werden arg belastet.

### Öffentliche Dienste kollabieren

Das öffentliche Gesundheitswesen liegt im Koma. Die Schulgebühren steigen schneller als die schlauesten FünftklässlerInnen kopfrechnen können. Der formelle Arbeitsmarkt schmilzt rascher als die Schweizer Gletscher. Die Inflation hat die Kaufkraft der Löhne im öffentlichen Dienst durch zehn geteilt und der Zerfall des wieder eingeführten Zimbabwe Dollars scheint sich fortzusetzen. Eine kürzlich erfolgte Erhöhung der – absoluten – Grundlöhne für das Staatspersonal um 78% stellt offenbar nur einen Teil der Arbeitnehmerorganisationen vorübergehend zufrieden: Die Vereinigung der SpitalärztInnen hat für Anfang September angekündigt, dass sie nur noch zur Arbeit erscheinen könnten, wenn jemand ihnen wenigstens die Kosten für den Arbeitsweg erstatte.

### Versorgungskrise und neue Belastungen: Ernährungsunsicherheit und Bargeldknappheit, dafür Gebühren und neue Steuern

Wer in der Stadt wohnt, hofft also nicht zuletzt auf Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland, bezahlt dann aber hohe Gebühren um in Besitz von ein wenig Bargeld zu kommen. Wer auf dem Land wohnt, hätte vielleicht etwas Land, um sich selber zu versorgen, aber erntet wegen dem Wirbelsturm Idai oder dem ausbleibenden Regen kaum etwas. Die ausbleibenden Niederschläge haben auch der wichtigsten Stromquelle, den Wasserkraftwerken zugesetzt. Weil Simbabwe kein Geld hat für ausreichende Stromimporte bleibt der Strom über weite Teile des Tages abgestellt. Darunter leidet nicht zuletzt der produktive Teil der Wirtschaft. **Auch unsere Partnerorganisation KSTC musste das den Nähunterricht in die Nachtstunden verlegen.** Sogar für die Dieselgeneratoren und den Transportsektor ist die Suche nach den teuren Treibstoffen ein tägliches Drama. Weil faktisch fast kein Bargeld mehr im Umlauf ist, muss alles über die Telefon- der Bankenplattformen abgewickelt werden, die für die meisten Transaktionen Gebühren verlangen und jede einzelne Transaktion zusätzlich mit einer Steuer von 2% belasten. Einfache Leute, für die Bargeldüberlebenswichtig ist, zahlen oft bis zu 40% Gebühren, nur um an die übrigens nicht international gehandelten «Bond» -Münzen oder -Noten zu kommen um die Sammeltaxifahrt bar begleichen können. Egal ob die Leute für ZANU PF oder eine der Oppositionsparteien gestimmt haben: Wenn sie zu den gewöhnlichen BürgerInnen gehören, sind sie geeint: es geht ihnen immer schlechter, der Alltag ist schwierig, die Armut untergräbt ihre Würde.

## **Politische Freiheiten? Fehlanzeige!**

Seit der Absetzung von Mugabe hat die Regierung Bereitschaft zum Dialog bekundet – aber auch immer wieder mit eiserner Faust gehandelt. Zuletzt Mitte August als die Oppositionspartei MDC Alliance zu grossen Demonstrationen aufrief. Die Reaktion der Regierung war scharf. Die Demonstrationen wurden schliesslich verboten, viele der OrganisatorInnen verhaftet oder von Unbekannten entführt und gefoltert. Polizeikräfte haben Demonstrierende und JournalistInnen und in den letzten Tagen auch PassantInnen spitalreif geprügelt.

Schon im Vorfeld hatte der Innenminister unsere Partnerorganisation YETT öffentlich gebrandmarkt und damit den eigenen Demokratiebankrott erklärt: Welchem Demokraten würden Demokratie- und Friedensförderungsprogramme als umstürzlerische Umtriebe gelten? Leider mehren sich derzeit in Simbabwe gehässige Botschaften und menschenverachtende Aussagen aus Mündern höchster Beamter und PolitikerInnen – der Jargon der trumpschen Twitterwelt und die politische Kultur der Zanu PF-StimmungsmacherInnen lassen sich nur schwer unterscheiden.

## **Spannungen mit dem Westen – Sanktionen und die Unfähigkeit, die zivile Wirtschaft zu stabilisieren**

Die Einschränkung der demokratischen Rechte und die offensichtliche Nachsicht der Regierung gegenüber der politischen Gewalt hat Simbabwes Machthabern allerdings heftige Kritik seitens der UNO und der westlichen Botschaften eingetragen. Im Gegenzug wirft die simbabwische Regierung dem Westen vor, mit dem Aufrechterhalten von Sanktionen die Reformen und Entwicklung Simbabwes überhaupt zu blockieren. Die Kampagne gegen die «illegalen Sanktionen» und die «Systemwechsel»-Politik der «Amerikaner» läuft gegenwärtig recht rund. Obwohl die USA sicher auch ihre Interessen im südlichen Afrika verfolgen, bleibt festzuhalten, dass es wohl nicht die minimalen Sanktionen gegen einzelne Exponenten und den militärische Komplex sind, die den simbabwischen Staat lähmen, sondern dessen komplette Unglaubwürdigkeit, auf berechenbare Art die zivile Wirtschaft zu stabilisieren und für ein produktives Umfeld zu sorgen.

Während Finanzminister Mthuli Ncube nicht ganz falsch liegt, wenn er darauf verweist, dass sich Simbabwe ohne eigene Währung nicht selber steuern kann, so kritisieren Ökonomen weder zuletzt noch zu Unrecht, dass es ein unverantwortliches Risiko ist, in einem solchen Umfeld eine neue Währung zu lancieren. Zwar beraten die Weltbank und der Währungsfonds die Regierung, dennoch ist der Finanzminister als ehemaliger Banker ein Bankrotteur. Die vermeintliche Sprache der Vernunft, welche die Regierung spricht, weckt in ihrer beschönigenden Art Erinnerungen an die Finanzjongleure, die die letzte weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst hatten. Es ist zu fürchten, dass die einfachen SimbaberInnen Militärs sowie Trickdieben und Spekulanten im grossen Massstab ausgeliefert sein werde.

Die Angriffe auf die NGOs müssen wohl auch in diesem Licht gesehen werden: dass es die Regierung nicht gerne hat, dass die NGOs als Hüter guter Regierungsführung und sachpolitischer Anliegen eine eigene Stimme haben, die nach Innen diverse Interessen, nicht zuletzt der gewöhnlichen BürgerInnen

vertritt. Nach Aussen zählt diese Stimme im Zuge des «Re-Engagement» mit der internationalen Welt etwas. So versucht man also die NGOs an die kürzere Leine zu nehmen – ohne gleichzeitig die wichtigen Devisenströme, die durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit fließen, abzuwürgen. So hat die Regierung die NGOs explizit von der Pflicht ausgenommen, alle Zahlungen im Inland in der lokalen Währung zu machen. Dass dadurch MitarbeiterInnen von NGOs, **die ihre Löhne von internationalen Gebern weiterhin in USD erhalten, zu den bevorzugten SimbabwerInnen gehören, scheint also Kalkül zu sein. Auch fepa PartnerInnen gehören diesbezüglich zu den vergleichsweise glücklichen SimbabwerInnen, deren Kaufkraft in den letzten 12 Monaten deutlich weniger gesunken ist, als jene der Mehrheit.**

### Simbabwes Weg in die Unabhängigkeit

Simbabwe wurde 1980 unabhängig. Vorgegangen war ein erbitterter und blutiger Befreiungskampf gegen ein rassistisches Siedlerregime, das den rohstoffreichen, relativ hoch industrialisierten und mit einem starken Landwirtschaftssektor ausgestatteten Staat eisern kontrolliert hatte. Die 1980er und 1990er Jahre waren geprägt durch einen Aufschwung, nicht zuletzt im Schul- und Gesundheitswesen, gefolgt von einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, welche eine neue Ära einer harten Spar- und Liberalisierungspolitik lancierte. Seit der Jahrtausendwende ist Simbabwe zerrissen von politischer Intoleranz und Gewalt und eines tiefen Zerwürfnisses zwischen Regierung und Opposition. Politische Propagandamaschinerien und eine masslos korrupte Klientelwirtschaft heizen die Konflikte in diesem Land an, in dem diverse Sprachgruppen und -kulturen zusammenleben. Die Wurzeln der gewaltsamen Machtpolitik reichen bis in die Kolonialzeit und in die frühe Unabhängigkeit, wo es im Südwesten des Landes zu quasi-genozidalen Massenmorden an politischen GegnerInnen und Mitgliedern von Minderheiten kam. Das Trauma dieser Zeit prägt noch heute die politische Landschaft und die Beziehungen im Land.

### Nachhaltige Entwicklungsziele in Gefahr!

Schauen wir uns also den Weg Simbabwes zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele der Weltgemeinschaft (UNO Agenda 2030) an. Welches sind die wichtigsten Faktoren, damit Simbabwe diese Ziele erreichen kann? Die Ausgangsposition ist schwierig, denn alles in Simbabwe ist brüchig: Wirtschaft, Institutionen, Zusammenleben.

Die Ausgangsposition ist schwierig. Alles in Simbabwe ist brüchig: Wirtschaft, Institutionen, Zusammenleben.

### Stabilisierung und Austerität

Die Regierung Simbabwes verspricht, einen Übergang in die Stabilität zu gestalten. Leider ist diese Denkweise schon im Ansatz kurzfristig: die jetzigen Machthaber verteidigen sich hemdsärmelig und kompromisslos und beschädigen damit die politischen Institutionen. Kurzfristige Stabilität geht über

alles. Nicht die BürgerInnen, sondern der Sicherheitsapparat garantiert das politische System. Menschenrechte und politische Rechte sind in Bedrängnis und der Erhalt der «Verfassung» als Mittel des Machterhaltes steht über demokratischen Prinzipien. In einer Art Rechtsstaatlichkeit um ihrer selbst Willen werden Gesetze angewandt, um den demokratischen Raum einzuschränken. Gleichzeitig werden Übergriffe von Militär, Polizei und des Nachts durch unbekannte Schergen auf die Zivilbevölkerung weder verfolgt noch gesühnt.

Die Demonstrationen von Mitte August wurden auf der Basis von geltenden repressiven Gesetzen verboten, auf deren Abschaffung und Änderung demokratische Kräfte und auch westliche Geber schon lange drängen. Der Staat im Staat hat sich dabei in diversen Statements zum Hüter der «verfassungsmässigen Ordnung» erklärt und angekündigt, zum Erreichen dieses Ziels nicht zimperlich vorzugehen.

Grundsätzlich ist das ein schwieriger Punkt für alle demokratischen Ordnungen: Dass sie demokratische Verfassungen manchmal auch gegen den Willen einer grossen Bevölkerungsgruppe durchsetzen. Die Gilets Jaunes sind ein gutes Beispiel dafür. Auf ersteres verweisen auch regierungstreue Beiträge in den Medien – allerdings ohne darauf einzugehen, dass im konkreten Fall Demonstrationen präventiv verboten wurden – obwohl die OrganisatorInnen zu friedlichem Verhalten aufgerufen hatten. Dass man die Verbote dann mit Polizeigewalt durchsetzte, ist leider etwas, das man auch in europäischen Grossstädten in den letzten Jahren zur Genüge gesehen hat. Die Politik von Trump oder der Umgang mit DemonstrantInnen in Frankreich, Griechenland, Spanien oder zuletzt rund um den G7-Gipfel hat der Glaubwürdigkeit der westlichen Regierungen und NGOs in Sachen Förderung der Demokratie in Simbabwe schwer geschadet.

Im Bereich der Menschenrechte gibt es in Simbabwe jedenfalls nur heisse Luft. Nachdem Militärs nach den Wahlen vor einem Jahr 6 Menschen erschossen hatten, setzte die Regierung? tatsächlich eine internationale Untersuchungskommission ein. Dennoch kam es bis heute zu keinen strafrechtlichen Verfolgungen der Täter.

Damit bleiben die demokratischen Werte der Verfassung toter Buchstabe. Das hat leider ein lange Tradition in Simbabwe: Staatswesen, Partei und Militär werden als eins gesehen. Zu befürchten ist, dass die Verfassung, die nun im August zum vierten Mal innert weniger als zwei Jahren faktisch ausser Kraft gesetzt wurde, nur noch ein löchriger Vorhang ist, welcher für die Nichteingeweihten, und dazu gehört der Schreibende, verdeckt, ob die Macht noch im Präsidentenpalast sitzt oder schon in den Militärbaracken.

Ob kurz- oder langfristig, dieser schlechte Zustand der Demokratie und die eingeschränkte Freiheit der Wirtschaft gefährdet die ersehnte Stabilität besonders. Was auch immer man von der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus hält, autoritäre Regime haben diesen noch nie langfristig stabilisiert: vielmehr bezahlen solche Regime Risikoprämien für die Bereitschaft des Kapitals, in die nur auf Zeit gebauten Wirtschaftssystemen zu investieren.

## Kein Machtwechsel nach dem Rücktritt

Der Sicherheitssektor spielt eine riesige Rolle in Simbabwe. Robert Mugabe ist über seine gesamte, fast 40-jährige Regierungszeit, nie müde geworden, darauf hinzuweisen, dass die politische Macht am Ende auf den Gewehrläufen ruht. So ist es bis zum heutigen Tag geblieben und sogar der autokratische Langzeitherrscher selbst musste nach einem Putsch der Militärs zurücktreten. Andererseits setzt die regierende ZANU PF seit 1980 auf die Unterstützung der Militärs, wenn es darum geht, den Anspruch auf politische Alleinherrschaft durchzusetzen: Nur der Einparteienstaat sichere die Einheit der Nation.

Weil Regierung und Militär so eng verwoben sind, ist eine demokratische, respektvolle politische Auseinandersetzung fast unmöglich. Der Raum für ein zivilgesellschaftliches Engagement ist dauernd eingeengt durch ein Klima des Misstrauens, der Angst und durch eine systematische Einschüchterung von Andersdenkenden, respektive von allen, die nicht vor den Interessen der Mächtigen in Politik und Armee kuschen.

## Wirtschaftliche Stabilisierung? Austerität hoch zwei

Ein «Transitional Stabilisation Program» soll die taumelnde Wirtschaft wieder ins Lot bringen. Die SimbabweInnen haben sich mit der neuen Wirtschaftspolitik der Post-Mugabe Phase aber noch nicht anfreunden können. Was als «Austeritätspolitik für Wohlstand» angekündigt wurde, entpuppt sich als Armut für die Vielen und Wohlstand für die Wenigen, die von den «Deals» der politisch vernetzten Schattenwirtschaft profitieren. Deals, notabene, die in der Mehrzahl auf Extraktion der vorhandenen Reichtümer beruhen und der nachhaltigen Produktivität der zimbabwischen Wirtschaft wenig dienen. Im zimbabwischen Modell wird durch die Austerität die Wirtschaft nicht entlastet, sondern belastet. Hier ist das soziale Scheitern, das bei der Austeritätspolitik Margret Thatchers noch eine Art Nebenwirkung war, bereits von Beginn an eingebaut: Austeritätspolitik in Simbabwe meint nicht den Abbau staatlicher Leistungen, um Steuern zu sparen, sondern, dass der Staat keine Gegenleistungen erbringt für viele neue Steuern und Abgaben. Die immense Inlandverschuldung des Staates, eingegangen durch das von korrupten Praktiken wesentlich mitverursachte Budgetdefizit, schmälert die Möglichkeiten im Privatsektor weiter. Dieser kommt kaum mehr an Investitionskapital. Mit einer solchen Art von Austeritätspolitik verweigert der Staat seinen Bürgern Leistungen und erdrückt gleichzeitig jede Initiative zur Selbsthilfe.

Immerhin: Im Bereich der Korruptionsbekämpfung gibt es einige gute Zeichen für ein besseres Funktionieren der Institutionen. Und es gibt auch Anzeichen, dass sich die Talfahrt von Währung und Wirtschaft vielleicht doch etwas stabilisieren oder wenigstens abbremsen könnte, nicht zuletzt wenn die Kreditwürdigkeit Simbawes dank der von der zimbabwischen Regierung verkündeten Wiederannäherung («Re-engagement») an die internationalen Welt wiederhergestellt würde. Leicht wird es nicht: Simbabwe muss sich letztlich selber helfen.

## Überschuldung: Bürde für die Entwicklung zukünftiger Generationen

Der Zusammenbruch des Sozialstaates in Zimbabwe hat nicht nur mit der aktuell schlechten ökonomischen Situation zu tun. Die Überschuldung führt zu hohen Zinssätzen und sich anhäufenden Bussen. Der Schuldendienst frisst die Staatsausgaben auf, die eigentlich für Bildungs- und Sozialsysteme gedacht sind. Schlimmer noch: der Staat verschuldete sich zunehmend im Inland, bei seinen eigenen Sozialwerken und bei der Privatwirtschaft. Wenn er seine Schulden im Inland nicht bedient, wie es aktuell wohl der Fall ist, dann leiden die BürgerInnen also mehrfach.

Die Geschichte der Verschuldung wirft ein schlechtes Licht: Nicht nur auf das Regime, das intransparente Kredite aufnahm und fragwürdige Bail-Outs für darniederliegende Staatsunternehmen finanzierte, um Investoren glücklich zu machen, sondern auch die Gebernationen haben sich mit ihren Eigeninteressen schuldig gemacht: Sie haben in der Vergangenheit ineffiziente Grossprojekte nicht nur finanziert, sondern auch noch exklusive Gegenleistungen dafür verlangt. Die Forderung der Zivilgesellschaft, dass alle Fakten auf den Tisch müssen, jene zur Verschuldungslage ebenso wie jene zu den Deals, die hinter den einzelnen Krediten stehen, ist daher berechtigt. Eine gerechte Lösung der Überschuldungsproblematik, die nicht einfach Verantwortlichkeiten verschleiert und auf dem Buckel der Allgemeinheit abgewickelt wird, (denen die damit finanzierten Projekte vielleicht nicht einmal zu Gute kamen), ist von zentraler Bedeutung. Leider erhält dieses Thema international noch viel zu wenig Aufmerksamkeit.

### Die Landfrage bleibt zentral

Im Zentrum der Kultur und des politischen Willens in Zimbabwe steht die Landfrage. Mit dem Land verbinden ZimbabweInnen Herkunft und Zukunft von Gemeinschaft und Familie. Zugang zu/Nutzung von Land ist die Grundlage für das Zusammenleben innerhalb einer prosperierenden und gesunden Gemeinschaft und oft auch der politischen und moralischen Macht. Land stand auch im Zentrum des Befreiungskampfes, denn die Siedler hatten die AfrikanerInnen enteignet und vertrieben. Die auch nach der Unabhängigkeit noch immer ungelöste Landfrage wurde Anfang des neuen Jahrtausends mit einer «Landreform auf der Überholspur» mehr schlecht als recht angegangen. Auch diese Reform basierte auf dem populistischen Umgang der Landfrage nach der Unabhängigkeit, ein Umgang welcher der ökonomischen Rolle des Landes und den Entwicklungsbedürfnissen des Agrarsektors zu wenig Bedeutung zumass. Die Landreform hat die ländlichen Gemeinschaften und den Agrarsektor tiefgreifend verändert. Mit der Reform im Kontext der Stabilisierung der Einparteienlandschaft hat sich die Regierungspartei – nicht der Staat – die Kontrolle über den Zugang zu Land und damit über die ländlichen Gemeinschaften gesichert.

## National healing: Polarisierung überwinden

Zimbabwe ist ein polarisiertes Land, wo das Misstrauen zwischen Menschen verschiedener regionaler und politischer Identitäten sehr tief sitzt. Der Bedarf an einem Prozess des nationalen Heilens und

Zusammenwachsens ist unbestritten. Er dürfte eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit und einen nachhaltigen Ausgleich der Interessen im Land sein.

Leider wird die Polarisierung in Simbabwe im Kontext eines Verteilkampfes über die Schätze des Landes weitergetrieben. Militär und Regierungspartei steuern grosse Teil der Wirtschaft und kontrollieren nicht nur die staatsnahen Unternehmen, sondern – über verdeckte Netzwerke – oft auch einen Teil der Privatwirtschaft und sogar der Schattenwirtschaft. Enorme Profite fallen in die Hände jener Leute, welche Partei und Sicherheitssektor kontrollieren – während die Mehrheit der Bevölkerung verarmt. Vor allem die Menschen in den Städten, die in den letzten Jahren mehrheitlich die Oppositionspartei wählten, werden von der Regierung abgestraft.

Nach den umstrittenen Wahlen im August 2018 hat die Regierungspartei einen Dialogprozess gestartet, an dem sich auch einige Oppositionsparteien beteiligen. Nicht aber die bei weitem bedeutendste Oppositionspartei, das «Movement for Democratic Change – Alliance» (MDC-A), welche den Prozess als Farce bezeichnet und bekämpft. Für die MDC-A ist ihr Parteiführer Nelson Chamisa um seinen Wahlsieg fürs Präsidentenamt betrogen worden und der Dialogprozess würde dieses Resultat zementieren.

Die simbabwische Regierung ist selbstbewusst in die Offensive gegangen: sie greift mit ihrer Propaganda Opposition, Zivilgesellschaft und westliche Regierungen an. Der Vorwurf an die Opposition lautet: «Eure Kritik ist nicht konstruktiv». Ehrlicherweise muss man sagen, dass die Opposition zwar radikal ist in ihrer Ablehnung der Regierung, tatsächlich aber auch selber keinen Raum findet, um Verantwortung zu übernehmen. Jene Kleinparteien, die im Spiel der Regierung mitmachen, werden nur noch als Steigbügelhalter gesehen.

Was es braucht, so unsere Partner in Simbabwe, ist einen Dialog, der über die politischen Parteien hinausgeht und in dem die Regierungspartei auch wirklich bereit zur Zusammenarbeit und Zugeständnissen ist. Die Kirchen könnten eine zentrale Rolle spielen, aber auch sie wurden bisher nicht an den Dialogtisch gelassen. Und leider hält sich auch der wichtigste Player zurück, der den Dialog endlich auf die Traktandenliste setzen könnte: Die Entwicklungsgemeinschaft der Staaten im südlichen Afrika (SADC) beschäftigt sich lieber mit der Abschaffung der «illegalen Sanktionen» und der Einsetzung von ED Mnangagwa als Kopf der regionalen Kommission für Politik, Verteidigung und Sicherheit der SADC als mit einer produktiven Unterstützung der SimbabweInnen, die halt auch etwas kosten könnte.

### **Stimmen aus der Zivilgesellschaft stärken und Raum für Entwicklung schaffen**

Ein echter Dialog ist, was die Regierung anbietet, vielleicht ohnehin nicht: Nur um eine kleinliche Machtteilung, um ein bisschen Partizipation kann es nicht gehen. Die Menschen in Zimbabwe wollen, dass ihre Würde, ihre fundamentalen Werte und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit ernst genommen werden. Sie wollen wirklich etwas beitragen zur Entwicklung und fordern transparente Regierungsführung und Institutionen, die Verantwortung übernehmen. Dies gibt es – das zeigen Studien zur Genüge – nur, wo die BürgerInnen auch Macht haben, wo ihre Initiative und ihr Mut einen Platz finden. Das sind die Voraussetzungen für die Erreichung der Nachhaltigen

Entwicklungsziele, wie sie auch die UNO will. Wer glaubt, dass nachhaltige Entwicklung auf dem Buckel der Menschen erreicht werden könnte, täuscht sich gewaltig.

Simbabwe ist darum insgesamt noch nicht auf den richtigen Weg eingebogen. Der unbedingte Wille zur Stabilität der Herrschaft bleibt die grösste Bedrohung für Frieden, Freiheit und Nachhaltigkeit. Noch immer werden kritische Stimmen mit Gewalt zum Schweigen gebracht. Noch immer können hochrangige Beamten die Frage, wohin 68 Mio USD verschwunden sind, mit einem einfachen Lächeln abtun. So lässt sich das Vertrauen der BürgerInnen nicht zurückgewinnen. Darum bleiben wir Partner für jene, die der Stimme der Menschen mehr Gehör verschaffen und die Entwicklung in die eigene Handnehmen um die Allgemeinheit voranzubringen.